

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

17.12.1930 (No. 294)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 9,25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanngewaltiger Beibringung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 60 25, auf Monatsfuß erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Lage in Spanien

Meuterei in der Marine?

W.B. Paris, 17. Dez. (Tel.) „New York Herald“ meldet aus Gibraltar, daß in der spanischen Marine eine Meuterei ausgebrochen sein soll. Man behauptet, daß die Marine die revolutionäre Bewegung unterstützen würde. Private aus Madrid eingegangene Nachrichten bemerken diese Gerüchte nicht. Es wird festgestellt, daß mehrere Flotteneinheiten in Cadix und Valencia zu den Revolutionären übergegangen seien.

Die Flucht der Anführer

Eine Reihe spanischer Offiziere, die an dem Aufstandsversuch teilgenommen haben, sind, wie gemeldet, nach Portugal in Flugzeugen geflohen. Sie berichteten, daß die Revolution Montag früh 6 Uhr für ganz Spanien ausgerufen worden sei. Infolge der Unvorsichtigkeit des Hauptmanns Galan, der zu früh losflog, sei die Regierung gewarnt worden und die Anführer mußten fliehen. Der Fliegermajor Franco erklärte, die Aufstandsbewegung hätte die Auslösung der Republik in Spanien zum Ziele, denn das Land könne nicht länger unter einem Regime leben, das seit acht Jahren Spanien knecht. Spanien werde auch seinem König die Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten nicht verzeihen. Der Aufstand sei jetzt nur aufgeschoben. Die künftige Republik Spaniens könne nur eine bundesstaatliche Republik sein. Die einzigen Verantwortlichen für die Vorfälle auf dem Madrider Flugplatz seien er und seine in Portugal befindlichen Freunde.

Die Lage in Barcelona

Dienstag nachmittag haben Flugzeuge der katalanischen Barcelona und andere Städte Kataloniens überflogen und Flugblätter abgeworfen. In Barcelona streifen 50 Proz. der Arbeiter. Die Militärbehörden haben die Geschäftsräume der katalanischen national-republikanischen Partei Accion Catalana schließen lassen. Elf Gewerkschaftsverbände, die zum Streik aufgerufen sind, sind festgenommen worden.

Marokkanische Truppenverstärkungen für Madrid

W.B. Paris, 17. Dez. (Tel.) Aus Madrid wird berichtet, daß ein Bataillon spanischer Fremdenlegionäre und eine Abteilung marokkanischer Jivisgarbe vorgestern Abend in Algier gelandet und nach Madrid befördert wurden. Weitere Abteilungen würden erwartet. Die regulären Regimenter sollen über die Ankunft der marokkanischen Truppen, die doppelten Sold erhalten, unzufrieden sein. In Algier ist das Ständrecht verhängt worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Parteitagung und öffentliche Ordnung

Verbotene Kundgebungen in Magdeburg

W.B. Magdeburg, 17. Dez. (Tel.) Die für den 18. Dezember geplante Kundgebung der Nationalsozialisten, in der Adolf Hitler sprechen sollte, sowie die am gleichen Tage geplanten Gegenkundgebungen des Reichsbanners und der Kommunisten sind vom Polizeipräsidenten verboten worden. Das Verbot erstreckt sich sowohl auf Versammlungen unter freiem Himmel, wie auch in geschlossenen Räumen. Darüber hinaus sind alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel bis 5. Januar 1931 vom Polizeipräsidenten untersagt worden.

In der Begründung des Verbots sämtlicher politischer Versammlungen weist der Polizeipräsident auf eine vor einigen Tagen abgehaltene Konferenz hin, zu welcher er die Vertreter der Nationalsozialisten, des Reichsbanners und der Kommunisten geladen hatte. Die Kommunisten waren nicht erschienen. Es sollen Mittel und Wege besprochen werden, um einen friedlichen Verlauf der Versammlungen zu sichern. Die Konferenz habe zu keinem Ergebnis geführt. Die Begründung schließt dann mit folgenden Worten:

„Der behördliche Vorschlag, die Versammlungen örtlich und zeitlich zu trennen, wurde abgelehnt. Aus der Haltung der Führer war zu entnehmen, daß diese ihre Gefolgschaft nicht fest in der Hand haben, daß sogar mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß sie teilweise nicht einmal den Versuch zu unternehmen beabsichtigen, beruhigend auf ihre Leute zu wirken. Nationalsozialisten, Mitglieder des Reichsbanners und der Kommunisten wollen also zu gleicher Zeit auf einem engen Raum demonstrieren, nachdem lange vorher in der Presse und in den Versammlungen zu gegenseitigen Terrorakten aufgerufen war und die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen haben, daß Ausbreitungen auf der Tagesordnung sind.“

Politische Zusammenstöße in Bonn

W.B. Bonn, 17. Dez. (Tel.) In einer Versammlung des Alldeutschen Verbandes sprachen gestern Abend in der für Nationalsozialisten auf Grund des Verbotes der Stadtverwaltung unzugänglichen Beethovenhalle u. a. vier Nationalsozialisten. Dank der umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei nahm die Versammlung einen ruhigen Verlauf. Heute in den ersten Morgenstunden, kam es jedoch in der Altstadt zu Zusammenstößen und Schieberereien. Ein Trupp Nationalsozialisten wurde von politischen Gegnern beschossen. Hierbei erhielt ein Nationalsozialist einen Verwundung, ein zweiter einen leichten Armbruch. In demselben Viertel wurden zwei Studenten von drei Männern überfallen, wobei ein Student einen Stich in den Unterleib erhielt.

Der italienische Geschwaderflug nach Brasilien

W.B. Orbetello, 17. Dez. (Tel.) 12 Wasserflugzeuge sind heute früh 7.45 Uhr unter dem Befehl des Luftfahrtministers Balbo zum Fluge nach Brasilien aufgestiegen. Das Ziel des ersten Flugabschnitts ist die spanische Hafenstadt Cartagena.

Letzte Nachrichten

Die Vorgänge in Brest-Litowsk

Eine Interpellation im polnischen Sejm

W.B. Warschau, 17. Dez. (Tel.) In der heutigen Nachtigung des Sejms wurde von einem Abgeordneten der Zentrumslinken Partei eine Interpellation eingebracht, in der die furchtbare Behandlung der in Militärgefängnis von Brest-Litowsk eingekerkerten oppositionellen Politiker geschildert wird.

Die Interpellation betont, daß die oppositionellen Führer, die ohne Gerichtsbescheid auf Verfügung des Innenministers, General Stadowski, verhaftet worden sind, in geschlossenen Wagen in unbekannter Richtung verschleppt wurden. Auf der Fahrt wurden sie beschimpft und bedroht. Der sozialistische Führer Dr. Liebermann wurde solange geschlagen, bis er das Bewußtsein verlor. Im Walde wurde Liebermann entkleidet und nochmals derart geschlagen, daß er über 20 blutige Wunden davontrug.

Im Gefängnis wurden die Gefangenen von wachhabenden Offizieren und Gendarmen mit den gemeinsten Schimpfwörtern belegt. Man hielt sie zu den schwersten Arbeiten an. Liebermann, Prof. Krager und der ehemalige Ministerpräsident Witos mußten mit Lappen oder mit einem kurzen kleinen Besen, alle fast mit bloßen Händen, Aborte reinigen und Fußböden scheuern. Dr. Liebermann erhielt bei dieser Arbeit einen Herzanfall. Wenn die Abgeordneten die Gefängnisordnung irgendwie verletzten, sperrte man sie in finstere Zellen ein, in denen nicht einmal Nadel für die natürlichen Bedürfnisse standen. Das Lager bestand aus einer Bettstelle ohne Strohsack mit demnächst abstehenden Holzlesten. Als Nahrung erhielten die Gefangenen nur etwas Brot und warmes Salzwasser.

Der Abg. Kopiel wurde eines Nachts auf Befehl eines Hauptmanns in einen dunklen Raum gesperrt. Als er die Schwelle überschritt, wurde er von zwei Gendarmen auf einen Tisch geworfen. Dann legte man ihm ein nasses Tuch auf den Rücken und verpackte ihn mit eisernen Stäben 30 Zentimeter. Kopiel verlor dabei die Besinnung. Nach der Mißhandlung sperrte man ihn einige Tage in den Keller ein. Ebenso wie Kopiel wurden auch noch Korsanyi und der Bauernabgeordnete Baginski verprügelt. Andere Abgeordnete wiederum wurden barbarisch mit Gesichts geschlagen, wie beispielsweise der Ukrainer Kobot. Während des Prügels wurde stets der Motor des Wasserwerfers in Bewegung gesetzt, um durch sein Geräusch die Schreie der mißhandelten Opfer zu übertönen.

Weiter bestätigt die Interpellation die schon gemeldeten Scheinbirndigungen. Die Unterzeichneten fragen zum Schluß, was der Ministerpräsident zu tun beabsichtige, um die Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen.

Die Interpellation erregt natürlich ungeheures Aufsehen, wird aber nur in einem Teil der heutigen Morgenpresse veröffentlicht.

Die nationaldemokratische „Gazeta Marszawska“ bezeichnet den Regierungsblok als moralisch mißschuldig, weil er in der gestrigen Sejm-Sitzung gegen die Dringlichkeit der Anträge gestimmt habe, die eine Aufklärung der Vorgänge von Brest-Litowsk herbeiführen sollten.

Neue französische Kabinettskrise in Sicht

W.B. Paris, 17. Dez. (Tel.) Die nationalsozialistische Zeitung „L'Ordre“ will erfahren haben, daß wenn am Donnerstag die Sozialisten für das Kabinett stimmen sollten, wenigstens zwei Mitglieder der Regierung, der Unterstaatssekretär im Innenministerium, Gohy, und der Finanzminister Thoumyre zurücktreten beabsichtigen sollen, weil sie nicht einer Kombination angehören wollten, die sich auf das ehemalige Kartell der Linken stützt. Sie hätten sich in diesem Sinne mehreren Mitgliedern ihrer Fraktion, der Linkenrepublikaner gegenüber, geäußert. Das gleiche Blatt glaubt anfündigen zu können, daß, falls die Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen erhalte, drei neue Unterstaatssekretäre ernannt werden müßten.

Das Alkoholverbot

in Amerika verfassungswidrig?

W.B. New York, 17. Dez. (Tel.) Der Bundesbezirksrichter Clark in Newark (New Jersey) hat eine Entscheidung gefällt, wonach die 18. Ergänzung zur Verfassung, die das Alkoholverbot enthält, ungültig sei. In der Begründung zu dieser Entscheidung, die größtes Aufsehen erregt, heißt es, eine Ergänzung zur Verfassung könne nur von einem einberufenen Konvent, aber nicht von den bestehenden Körperschaften der einzelnen Staaten ratifiziert werden. Richter Clark beruft sich dabei auf etwa 100 Autoritäten.

Die prohibitionsfeindliche Presse behandelt das Urteil als große Sensation, während die Anhänger des Alkoholverbotes es als gänzlich belanglos hinstellen. Tatsächlich wird die Entscheidung nicht einmal im Staate New Jersey eine neue Lage schaffen, da die übrigen drei Bundesrichter dieses Staates durch den Spruch ihres Kollegen in keiner Weise gebunden sind. Die Washingtoner Behörde hat bereits angekündigt, daß das Prohibitionsgesetz auch im Staate New Jersey unbeeinträchtigt durchgeführt wird.

Revolutionäre Erhebung in Guatemala

W.B. New York, 17. Dez. (Tel.) Associated Press meldet aus Mexiko: Aus Guatemala sind Meldungen eingetroffen, denen zufolge dort gestern eine bewaffnete Erhebung ausgebrochen ist. In den Straßen der Stadt ist es zu Feuergefechten gekommen.

* Schachts Gedankengänge

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist bekanntlich eine der Persönlichkeiten, denen mit in erster Linie die „Rettung der Mark“ zu danken ist. Er hat dann aber die deutsche Währung auch weiterhin in einer Weise betreut, die ihm die Anerkennung und Hochachtung aller zum Urteil berufenen Kreise eingetragen hat. Nach seinem Rücktritt vom Amt hat Dr. Schacht eine längere Reise nach Nordamerika unternommen und dort in zahlreichen Unterhaltungen und Vorträgen für eine bessere Beurteilung unserer Wirtschaftslage und damit für eine Revision des Youngplans gewirkt. Wenn dieser Mann jetzt, aus Nordamerika zurückgekehrt, in einer großen Rede vor die Öffentlichkeit tritt, darf er erwarten, daß man seinen Darlegungen die größte Aufmerksamkeit schenkt.

Die Rede wurde gehalten vor dem Wirtschaftsrat der Bayerischen Volkspartei in München. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der Minister des Innern Dr. Stübel haben ihre Bedeutung durch ihre Anwesenheit noch besonders unterstrichen.

Einen Passus aus dem Vortrag hatten wir bereits neulich erwähnt. Es ist derjenige, der sich auf die Lasten bezieht, die wir heute das Bierfache an öffentlichen Lasten zu tragen haben, als im Jahre 1913. Als Dr. Schacht über diese Lasten in Amerika sprach, hat man ihm erwidert: „Warum erzählt man das dem amerikanischen Volke erst jetzt und nicht schon seit 7 Jahren?“ Das ist eine Frage, die uns vom Standpunkt deutscher Auslandspropaganda aus sehr zu denken geben sollte. Sie beweist nämlich, daß wir anscheinend nicht die richtigen Wege gefunden haben, um das Ausland über die wahre Wirtschaftssituation in Deutschland aufzuklären.

Was die Kassenlage des Deutschen Reiches betrifft, so wird sie — wir folgen hier dem Bericht der „Bayer. Staatszeitung“ — von Dr. Schacht vorwiegend kritisch betrachtet. Zweifellos geht er mit dieser Kritik zu weit. Gewiß bietet die Kassenlage nach wie vor zu Besorgnissen Anlaß, aber sie weist doch im Vergleich zum Vorjahr eine Ordnung auf, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Vorausgesetzt natürlich, daß es gelingt, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, das heißt die Wirtschaft zu sanieren.

Dr. Schacht hat in seiner Rede mit großem Nachdruck davor gewarnt, in der Arbeitslosigkeit nur eine Konjunkturercheinung zu erblicken; die Arbeitslosigkeit sei vielmehr strukturell, im ganzen System unserer bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik begründet. Und daraus ergebe sich ohne weiteres, daß das Problem auch gar nicht auf dem Versicherungswege gelöst werden kann.

Große Bedeutung mißt Dr. Schacht der Frage der Reparationen bei. Bei einer Auslandsverschuldung in Höhe von etwa 17 Milliarden sei es schon angesichts der Zinslast unmöglich, Reparationen zu bezahlen. Und wenn wir gegenwärtig eine aktive Handelsbilanz haben, so dürfe man daraus keine Folgerungen im günstigen Sinne ziehen; denn ein solcher Überschuss stelle sich immer ein, wenn die Zinslast, gezwungen durch einen schlechten Innenmarkt, Waren um jeden Preis auf den Weltmarkt werfe. Jedenfalls sei das Problem unseres Exporthandels für unsere ganze Handelspolitik entscheidend. Und wenn dieses Problem nicht gelöst wird, dann hört der Youngplan eines Tages ganz automatisch auf. Es sei taktisch viel richtiger, gar nicht mit besonderen Mitteln gegen den Youngplan zu kämpfen, sondern erst recht seine genaue Ausführung zu verlangen, da sich diese bei einem Anhalten der jetzigen Situation dann von selbst als unmöglich erweisen werde.

Im Interesse der freien Wirtschaft hat sich Dr. Schacht gegen die Monopolstellung der Unternehmungen der öffentlichen Hand gewandt. Seiner Meinung nach ist diese Monopolstellung, die zu hohen Preisbemessungen verführt, teilweise schuld an dem hohen Preisniveau. Wie groß die Beteiligung der öffentlichen Hand am Wirtschaftsleben sei, zeigen folgende Ziffern: 53 Proz. unseres gesamten Volkseinkommens laufen durch die öffentliche Hand und werden von ihr verwaltet, 30 Proz. aller Beschäftigten arbeiten in Betrieben, die von ihr kontrolliert werden — während es in Sowjetrußland nur 15 Proz. sind. Das bedeute, daß wir in Deutschland das ausgesprochene Fürsorgesystem für den einzelnen Bürger haben. Zu verlangen sei, daß die Unternehmungen der öffentlichen Hand, falls die Privatwirtschaft überhaupt

noch am Leben bleiben solle, ihren Verpflichtungen in kaufmännischem Sinne nachzukommen, das heißt also auch ihrerseits an der Erzielung einer Rente arbeiten müsse. Man müsse die Unternehmungen der öffentlichen Hand zum anständigen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft verpflichten, und dann werde man ja sehen, wer es besser könne. Der Bericht der „Bayerischen Staatszeitung“ bezeichnet bei diesem Satz den starken Beifall der Versammlung.

Sehr interessant waren die weiteren Ausführungen Dr. Schachts, weil er sich in ihnen als ein Gegner der zentralistischen Richtung bekannte. Er sei der Ansicht, daß das Verantwortungsgefühl des einzelnen im Kleinen wie im Großen niemals dauernd aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden dürfe. Einen Zentralismus brauche man nur auf einem Gebiet, dem der Vertreter deutscher Interessen im Ausland. In dem Streben, jedem einzelnen von oben herab vorzuschreiben zu wollen, was er zu tun habe, liege eine der schwersten Gefahren für unsere heutige Zeit.

Man kann es begreifen, daß auch diese Sätze bei den Zuhörern großen Beifall gefunden haben. Auch wir begrüßen sie von unserem Standpunkt aus und können nur wünschen, daß man sich der gesunden wirtschaftspolitischen Vernunft eines Schacht nach Kräften bedienen möge. Von der Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik hängt unsere ganze Zukunft ab. Und den sachverständigen Rat eines Mannes wie Schacht wird man dabei sicher gut gebrauchen können.

Der Geschäftsabschluss am Heiligen Abend

Nachdem, wie gemeldet, das vom Reichstag beschlossene Gesetz nicht mehr zu Weihnachten in Kraft treten kann, bleibt es in diesem Jahr bei den Vorschriften des vorjährigen Gesetzes: Allgemeiner Ladenschluß um 5 Uhr, Ladenschluß der Lebensmittel-, Genussmittel- und Blumengeschäfte um 6 Uhr, keine reichsrechtliche Beschränkung der Gast- und Schankwirtschaften.

Es ist zu hoffen, daß auch in diesem Jahre eine schon früher beobachtete Übung Platz greifen wird, wonach zahlreiche Gastwirtschaften aus freien Stücken zu einem früheren Zeitpunkt schließen oder wenigstens ihre verheirateten Angestellten früher entlassen.

Am Donnerstag wird der Reichsrat darüber beraten, ob er gegenüber dem vom Reichstag angenommenen Initiativgesetz von seinem Einspruchsrecht Gebrauch machen will. Auch wenn dies nicht geschieht, wird das Gesetz aus dem angegebenen Grunde dieses Jahr nicht in Kraft treten können.

Bayern gegen das Steuervereinfachungsgesetz

Die Bayerische Volkspartei korrespondierend verbreitet über das Ergebnis der Sitzung der Landesparlamentarier der Bayerischen Volkspartei am Dienstag eine offizielle Verlautbarung, in der gesagt wird, daß sich die Sitzung mit der durch den Erlaß der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember d. J. geschaffenen Lage befaßt hat. Weiter heißt es in der Verlautbarung:

Die völlig einmütige Auffassung aller in diesem Gremium vertretenen Exponenten der Partei geht dahin, daß die vom Reichstag beschlossene Steuervereinfachungsgesetz, das am 6. Dezember im Reichstage geforderten politischen und parlamentarischen Schritte vorbereitet und mit aller Entschlossenheit durchgeführt werden müssen. Die Bayerische Volkspartei ist entschlossen, vor allem den Kampf gegen das Steuervereinfachungsgesetz durchzuführen, weil es einen Kampf um die Lebensrechte der Länder darstellt.

Die französischen Bankskandale

Das französische Justizministerium gibt bekannt, daß gegenwärtig in Paris 181 Bankiers und Finanzleute wegen Schädigung der Sparer unter Anklage stehen und 85 von ihnen in Haft sind. Ein neuer finanzieller Zusammenbruch wird aus Montpellier gemeldet, wo der Leiter einer Grundstücksfirma Unterzahlungen in Höhe von 2 Millionen begangen haben soll.

Neue Zahlungseinstellungen in Amerika. Am Dienstag haben weitere 15 Banken in allen Teilen der Vereinigten Staaten ihre Zahlungen eingestellt. Acht Banken schlossen vorsichtshalber, wie ihre Direktoren sagen, ihre Schalter, jedoch dürften bedeutende Rückziehungen von den Krediten die Ursache dieser Maßnahme sein. Die größte dieser Banken ist die First National of Astoria, deren Kapital 4 656 000 Dollar beträgt.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die jetzige Arbeitszeit über den 1. Januar 1931 hinaus in Kraft setzt. Die Gewerkschaften nahmen eine ablehnende Haltung ein.

Im polnischen Sejm wurde gegen die Stimmen der Opposition die neue Geschäftsordnung angenommen, durch die die Rechte der kleineren Parteien geschmälert und die Macht des Sejmarschalls gestärkt wird.

Professor Dr. A. Baumgartner, Basel †. Im Alter von 76 Jahren starb in Basel Prof. Dr. A. Baumgartner, der Inhaber des Lehrstuhls der Allgemeinen Geschichte an der Universität Basel. Professor Baumgartner, der im benachbarten Rorschach im Jahre 1855 geboren wurde, studierte an der Universität in Basel, Jena und Tübingen, habilitierte sich 1881 in Basel als Dozent für Alte Geschichte. Im Jahre 1889 wurde er auf den verwaisten Lehrstuhl Jakob Burckhardts, den kurze Zeit Professor Flugl-Hartung innegehabt hatte, berufen, und wurde 1891 Ordinarius. Professor Baumgartner war Badener und ist es auch bis zu seinem Tode geblieben.

Son Siegfried Wagner ist soeben (bei Max Brodhans in Leipzig) eine nachgelassene Komposition „Weihnacht“ erschienen. Wie alle Schöpfungen des Verewigten besitzt auch diese Vertonung eines alten süddeutschen Gedichtes (XVII. Jahrhundert) starken Stimmungsgehalt und wird in ihrer zweifachen Ausgabe sowohl für hohe wie tiefe Stimme und Klavier zweifelslos bevorzugtem Interesse begegnen. Besonders ist das schöne Lied jenen musikliebenden Laienkreisen zu empfehlen, die am Weihnachtsabend die Festfreude gern durch ein wirklich wertvolles Gesangsstück erhöhen möchten. Der schlichten Wesensart des Autors entsprechend bereitet auch technisch das übrige schon 1927 entstandene Werkchen keine allzu großen Schwierigkeiten.

Die Markenartikel im Preissenkungsausschuß Keine einschneidenden Maßnahmen vor Weihnachten

An der Sitzung des Preisentwertungsausschusses am Dienstag nahmen teil außer dem Reichstanzler Reichsbankpräsident Dr. Lütger, die Reichsminister Dietrich, Wirth, Stegerwald und Schiele, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, der preussische Handelsminister Schröder und der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Müller.

Wie wir erfahren, hat der Ausschuß sich zunächst in der üblichen Weise über die Entwicklung der Lebensmittelpreise Bericht erstatten lassen. Die drei Hauptprobleme, die noch behandelt werden müssen, sind die Preise für Eisen, Markenartikel und Arzneimittel. Die Eisenpreise konnten in der Dienstagssitzung noch nicht behandelt werden, weil der gedruckte Bericht des Ausschusses noch nicht vorlag. Die Beratung drehte sich hauptsächlich um die Preise der Markenartikel, in denen ein Beschluß noch nicht gefaßt wurde. Es hat dies zweifellos seinen Grund darin, daß der Ausschuß eine Entscheidung über dieses Gebiet der Preisbildung wenige Tage vor Weihnachten nicht für angebracht hielt. Man kann aber wohl annehmen, daß die Aktion im Januar gerade im Hinblick auf die Markenartikel erneut fortgeführt werden wird.

Die Maßnahmen, die zu einer Senkung der gebundenen Preise führen könnten, sind außerdem unter Umständen einschneidender Art. Deshalb hat der Ausschuß sich entschlossen, die letzten Entscheidungen dem Kabinett überlassen zu lassen, das am heutigen Mittwoch zusammentritt, um eine Reihe laufender Angelegenheiten zu behandeln. Zweifellos wird auch die Preisfrage dabei zur Sprache kommen. Sicher ist jedenfalls, daß vor Weihnachten keine einschneidenden Maßnahmen mehr getroffen werden, so daß also eine Senkung des Weihnachtsgeschäftes nicht zu befürchten ist, daß im übrigen sich in den letzten Tagen noch erheblich günstiger gestaltet hat, als ursprünglich erwartet worden war.

Eine Großaktion gegen die Pirmasenser Kommunisten Die bayerische Regierung greift durch

Die in der letzten Zeit aufgedeckten Umtriebe der Kommunisten in Pirmasens haben die bayerische Regierung zu energischen Maßnahmen veranlaßt. Am Dienstagvormittag erschien ein aus den pfälzischen Standorten zusammengekommenes Aufgebot der Landespolizei in Stärke von 220 Mann in Pirmasens. Es handelt sich um eine Großaktion der Regierung gegen die Kommunisten, die im Zusammenhang steht mit dem mit sofortiger Wirkung ausgesprochenen Verbot des Arbeiter-Schützvereins und der kommunistischen Arbeiterwehr in Pirmasens. Die kommunistische Arbeiterwehr hielt bisher regelmäßig Übungen im Handgranatenwerfen ab, der Arbeiterschützverein sorgte für die Schießausbildung. Zur Vermeidung von Unruhen sind alle öffentlichen Versammlungen, Umzüge usw. der Kommunisten und der Erwerbslosen verboten worden.

Die bayerische Regierung erklärt, daß gerichtliche und polizeiliche Untersuchungen bei Angehörigen der kommunistischen Partei in Pirmasens Vorgänge festgestellt haben, die eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Es sind, wie schon kürzlich gemeldet, Sprengkörper gefunden worden, die zweifellos für verdrögerische Angriffe bestimmt waren. Die verbotenen kommunistischen Organisationen setzen sich zum stark überwiegenden Teil aus früheren Mitgliedern des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes zusammen und stellen keine Fortsetzung dar.

Von den Streifen der Landespolizei, die am Dienstag den ganzen Vormittag mit Autos durch die Stadt fuhren, sind in der Hauptsache die Materialien der beiden Organisationen beschlagnahmt worden, vor allem Dingen die Gewehre des Arbeiterschützvereins. Von den festgenommenen Beschuldigten sind nunmehr ungefähr 28 Personen im Untersuchungsgefängnis untergebracht.

Filmdebatte im preußischen Landtag

Auf der Grundlage des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing führte der Preussische Landtag am Dienstag eine Debatte über den Film „Im Westen nichts Neues“ durch, bei der es zu großen Äußerungen kam, als der deutschnationale Abg. Schwedt die Straßendemonstrationen wegen des Films als ein erfreuliches Zeichen nationalen Widerstandes begrüßte. Er warf Remarque vor, daß er sich von dem Erlös seines Buches einen Freiheitspreis gekauft habe und daß er unehrenhaft das Eisene Kreuz I. Klasse angelegt habe. Im übrigen wandte er sich unter lärmender Zustimmung seiner Freunde und entsprechenden Gegenäußerungen gegen einige Stellen der amerikanischen Fassung des Buches, wo z. B. der Soldat Kaszinski sagt: „Schmutzig und widerwärtig ist es, für sein Vaterland zu sterben!“

Der Sozialdemokrat Kuttner betonte, er sei vom Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten autorisiert, dagegen zu protestieren, daß ein Heimtäter wie Goebbels sich als maßgebend für den Frontgeist aufspiele. Die Hebe gegen den Remarque-Film sei nur der Kampf Eugenbergs gegen seine Konturrenz. Abgestimmt wird über den Mißtrauensantrag erst am Freitag.

60 Jahre „Germania“. Die „Germania“, das führende Blatt der Zentrumspartei, kann heute, am 17. Dezember, auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Das Blatt schreibt zu diesem Jubiläum: „Die Grundsätze, die wir von den Vätern übernommen haben, stehen unverwundlich fest. Sie wappeln in dem Willen zur katholischen Tat, und von da aus führen sie zur politischen Tat.“

Keine Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten im Korridor. Danziger Meldungen, daß der nationalsozialistische Reichstagsabg. Himmler (München), der in Danzig in einer Versammlung sprechen wollte, von den Polen bei der Durchreise im Korridor verhaftet worden sei, bestätigen sich nicht. Er ist in Berlin von der dortigen Polizei wegen einer Vernehmung zurückgehalten worden und daher erst in später Stunde in Danzig eingetroffen.

Auf dem im Bremer Hafengebiet gelegenen Gelände der Firma Gebrüder Rielsen, Reismühle und Stärkefabrik G. m. b. H., brach am Dienstagabend gegen 21 Uhr ein Feuer aus, das bald einen riesigen Umfang annahm. Es brannte ein Mehlspeicher von 100 Meter Länge und 70 Meter Tiefe, der bis zum 6. Stockwerk mit Reismehl und Hülsenfrüchtlern vollgelagert war. Das Gebäude ist vom Erdboden bis zum Dach vollkommen ausgebrannt.

Unter dem Fahrbaum der Potsdamer Straße, die eine Hauptverkehrsader Berlins darstellt, brach heute, Mittwoch, früh kurz vor 8 Uhr ein Wasserrohr. An der Bruchstelle wurde das Holzplaster durch den Druck der ausströmenden Wassermassen zerrissen, und die Fluten ergossen sich über den Straßendammbau. Die Polizei sperrte die Straße zwischen Potsdamer Straße und Eichhornstraße für den gesamten Fahrverkehr.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(3. Sitzung.)

DB. Karlsruhe, 16. Dez. 1930.

Der Beginn der heutigen Plenarsitzung verzögert sich infolge einer vorübergehenden Sitzung der Vertrauensmännerhaus und Tribünen sind gut besetzt. Präsident Duffner eröffnet gegen 5 Uhr die Verhandlungen mit Bekanntgabe der neuen Eingänge.

Die Regierung hat ein Rotgesetz über die Bürgersteuer vorgelegt, ferner einen Gesetzentwurf wegen Übernahme einer Ausfallgarantie für Lieferungs-geschäfte nach Rußland. Außerdem sind aus dem Hause zahlreiche neue Anträge und Interpellationen eingegangen. Es kommen zunächst einige kurze Anfragen.

zur Erledigung, auf welche die Regierung schriftlich geantwortet hat. Bereits bekannt ist die Haltung Badens in der Frage der Tabaksteuer und in Sachen der Gehaltskürzung. Die Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) und Hofstein (Dem.) tragen nach der Tätigkeit der Sparkommission.

Regierungsseitig wird mitgeteilt, daß die Arbeiten der Kommission noch nicht beendet seien und, soweit Vorschläge und Anregungen vorliegen, das Staatsministerium zunächst Stellung nehmen müsse.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) betrifft die Auslegung des § 7 a des Gebäudebesondererenergesetzes durch die Gemeinden.

Der Minister des Innern hat geantwortet, daß bei richtigem Vollzug des § 7 a seitens der Gemeindebehörden Sinn und Zweck des Gesetzes nicht verletzt werden. Klagen sind der Regierung bisher nur aus einem Artikel der „Badischen Presse“ bekanntgeworden. Als Friedensmiete gilt nach einem Rundschreiben des Ministeriums diejenige, welche für die am 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart wurde.

Ermahnung des Präsidenten zur Wahrung der Würde des Hauses

Vor Eintritt in die Tagesordnung sieht sich Präsident Duffner zu folgender Erklärung veranlaßt:

In den letzten beiden Sitzungen vom 20. November sind eine Menge von Jurisurteilen erfolgt, die bei der allgemeinen Unruhe im Hause am Präsidententisch nicht verstanden werden konnten. Auch war es nicht möglich, die Urheber festzustellen; sonst würde geschäftsordnungsmäßig verfahren werden.

Die Stenogramme der beiden Sitzungen bieten aber ein beschämendes Bild, das weder des einzelnen Volksvertreters noch des Landesparlamentes als Ganzes würdig ist. Ich bin der Meinung, daß für die Vorfälle der Landtag in seiner Gesamtheit nicht bestraft werden darf. Sie würden staunen, wenn Sie die in dem Stenogramm niedergelegten Ausdrücke hören. Ich bin nicht gewillt, dies weiterhin zu dulden und nehme an, daß es genügt, auf die Bestimmungen des § 77 der Geschäftsordnung hinzuweisen, der für gräßliche Verletzung der Ordnung des Hauses Ausschluß aus der Sitzung für längere oder längere Zeit, Abzüge an der Aufwandsentschädigung und Entzug der Freifahrkarte androht.

Der Landtag und die Wirtschaftsnot

Als erster Punkt der Tagesordnung wird der Ausschußbericht über die Anträge der Kommunisten und des Evangelischen Volksdienstes betreffend Notstandsmaßnahmen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgerufen. — Der Bericht erstattet der sozialdemokratische Abg. Reid, der folgenden

stellt:

der Landtag wolle

1. dem Antrag der Abg. Lechleiter und Gen. (Druck, Nr. 26) die Zustimmung versagen;

2. die Anträge

a) der Abg. Lechleiter und Gen. (Druck, Nr. 27),

b) der Abg. Berggöb und Gen. (Druck, Nr. 55)

durch die Maßnahmen der Regierung (vgl. Druck, Nr. 54 D.-Z. 1 und die Anlage dazu)

für erledigt erklären,

3. die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden und selbst sich dafür einzusetzen, daß

I. im Wege der alsbald einzuleitenden Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch eine der jeweiligen besonderen Art des Betriebes angepaßte Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen durch Neueinstellung verringert wird und weitere Entlassungen verhindert werden,

II. den Arbeitgebern mit mehr als 5 Beschäftigten die Anmeldung freier Arbeitsplätze bei den öffentlichen oder bei nicht gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungstellen zur Pflicht gemacht wird,

III. die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft für die Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verhindert wird;

4. die Regierung ersuchen,

die Bewilligung von Überstundenarbeit auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken;

5. den Antrag der Abg. Lechleiter und Gen. (Druck, Nr. 28) durch die Beschlußfassung zu Ziff. 3 für erledigt erklären;

6. die Regierung ferner ersuchen,

im Hinblick auf die Zunahme der Lasten, die den Gemeinden durch das Anschwellen der Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erwachsen sind und im Hinblick darauf, daß den Gemeinden die Erleichterung durch die Neuregelung der Krisenfürsorge nicht in dem erwarteten Umfang zuteil geworden ist, erneut im Sinne des Beschlusses des Landtages zu dem Antrag der Abg. Maier, Dr. Baumgartner und Gen. vom 3. Juni 1930 (Druck, Nr. 156) bei der Reichsregierung vorstellig zu werden;

7. den Antrag der Abg. Lechleiter und Gen. (Druck, Nr. 29) durch die Beschlußfassung zu Ziff. 6 für erledigt erklären;

8. die Gesuche

a) des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Südwestdeutschland in Karlsruhe vom 19. November 1930, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,

der Regierung empfehlend,

b) des B. Eberling u. a. in Eberbach, Lage der Erwerbslosen und Ausgesteuerten,

der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen.

Aussprache

Für die Aussprache hat der Vertrauensmännerauschuß folgende Kontingenzierung der Redezeit vorgegeben:

Zentrum 70 Minuten,

Sozialdemokraten 60 Minuten,

kleinere Parteien 50 Minuten,

Kommunisten (als Antragsteller) 60 Minuten,

keine Gruppen 40 Minuten.

Die Begründung der kommunistischen Anträge erfolgt durch den Abg. Klausmann. Er ist mit der Erledigung im Haushaltsauschuss nicht zufrieden. Das Arbeitslosenproblem sei nur in Rußland gelöst, wo es keine Arbeitslosen gebe (Lachen bei der Mehrheit). Der Redner antwortet heftig auf nationalsozialistische Zwischenrufe und fährt fort, im Verlaufe von 5 Nationalisierungsjahren seien 2 Millionen Arbeiter aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen worden. Was wir heute erleben, sei schärfster Klassenkampf. Der Redner spricht vom „Schwindel“ des Preisabbaues und übt des weiteren scharfe Kritik am Brüning-Programm, durch das die Lage der Arbeitslosen noch mehr verschlechtert werde. Nur die proletarische Herrschaft würde der Not ein Ende machen.

Abg. Berggö (Ed. Volksd.) führt zur Begründung seines Antrages aus, daß es zur Zeit unsere wichtigste Pflicht sei, alles zu tun, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Dazu bedürfe es vor allem einer nationalen Wirtschaftspolitik, die nicht Milliarden ins Ausland gehen läßt, Stützung des Binnenmarktes durch ausreichenden Vorrat, Kultivierung der Ökonomie und systematische Zielung im Osten des Reiches seien notwendig, wenn wir den Boden für eine Besserung schaffen wollen.

Vom Zentrum spricht sodann der Abg. Dr. Rehbach. Er bezeichnet die Abwendung der Arbeitslosigkeit als das wahre Königsproblem der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Übel der Arbeitslosigkeit müsse um so härter empfunden werden, als es sich um eine Dauererscheinung für Deutschland handelt. Faulenzen seien Ausnahmen unter den Arbeitslosen. Daß die Betroffenen unter diesem falschen und herabsetzenden Urteil zu leiden haben, könne man nur lebhaft bedauern. Der Redner lobt die Solidarität der Arbeiterklasse, die durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ihren erwerbslosen Kollegen helfen. Es wäre zu wünschen, daß sich diese Solidarität auch auf andere Stände ausdehnt. Wenn die Arbeitszeitverkürzung früher hygienischen Sinn hatte, so soll sie jetzt auch marktpolitischen Charakter erhalten. Allzu große Hoffnungen dürfen darauf nicht gesetzt werden; denn es gebe hier regionale und branchenmäßige Schwemmungen. Auf dem Wege gehe es also nicht. Aber kurz oder lang werde eine Arbeitszeitverkürzung kommen müssen, aber international und ohne Stützung des Einkommens. Ginge Deutschland in dieser Frage allein vor, so würde dies angesichts der ausländischen Konkurrenz zum Untergang führen. Die kommunistischen Anträge seien im übrigen nicht durchzuführen, weil die finanziellen Mittel dazu fehlen. Das Kernproblem sei immer noch die Arbeitsbeschaffung. Auch könnte die ländliche Siedlung einen Ausgleich schaffen. Der Redner richtet zum Schluß an die Arbeitgeber und darüber hinaus an alle von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Volkstriebe den eindringlichen Appell, hilfsbereit ihrer notleidenden Mitbrüder zu gedenken. (Beifall im Zentrum.)

Am 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 9 1/2 Uhr.

*

(4. Sitzung.)

17. Dezember, 17. Dez. 1930.

Eingegangen sind Anträge der Deutschen Volkspartei, ferner ein Gesuch der Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart wegen Verwendung von Portlandzement im Straßenbau.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Präsident Duffner einen Angriff des nationalsozialistischen Abg. Köhler auf die Geschäftsführung des Präsidiums als unbegründet zurück.

Abg. Bod (Komm.) beantragt zwei kommunistische Anträge betreffend den Bauernverein Orschweier und

Verbot der Amerikanerereben

auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Die Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), Eggler (Zentr.) und Dr. Hoffmann (Zentr.) hegen Bedenken gegen die öffentliche Behandlung der Angelegenheit Orschweier, ehe sie im Reichspflegeauschuss erörtert wurde.

Abg. Bod (Komm.) entgegnet, daß es sich darum handle, durch Verhinderung von Fälschung die Existenz von 75 Arbeitsbauern zu retten.

Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) meint, die Kommunisten wollten den Fall politisch ausschlagen, dadurch werde den Leuten nicht geholfen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) vertritt die Auffassung, daß der Erörterung im Plenum nichts im Wege stehe.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Seubert (Zentr.) wird auf Vorschlag des Präsidenten die Sache heute nachmittag bereits im Reichspflegeauschuss behandelt, um dann in der folgenden Plenarsitzung erledigt zu werden.

Was die Amerikanerereben anlangt, so rät der Staatspräsident und Innenminister Wittenmann von einer Ansprache ab, im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen mit Berlin.

Der kommunistische Antrag wird vom Hause abgelehnt.

Es folgt die Beratung des

Notgesetzes wegen Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Weag

Dem Gesetz wird ohne Debatte in beiden Lesungen bei acht Stimmenthaltungen zugestimmt.

Darauf wird

Die Aussprache über die Notstandsmaßnahmen fortgesetzt.

Der Standpunkt der Sozialdemokraten wird vom Abg. Wehner vertreten. Er führt aus, die erdrückende Mehrzahl der Arbeitslosen würde gerne die Arbeit der Unterstützung vorziehen. Wir haben trotz Warenüberflusses eine Verelendung der Massen zu verzeichnen. Die Kaufkraft könne man nicht durch Lohnabbau heben; vielmehr sei es nötig, das Einkommen zu erhöhen. Die Nationalisierungsmaßnahmen hätten nicht den zu wünschenden Erfolg gehabt. Die sozialdemokratische Fraktion müsse die Anträge der Kommunisten ablehnen. In erster Linie müsse für Arbeit gesorgt werden, das verlange auch der Allgemeine Gewerkschaftsbund. Dem Antrag des Haushaltsauschusses könne man zustimmen. Wenn in der Arbeiterklasse Zucht und Ordnung herrsche, so sei das der Erziehungsarbeit der Gewerkschaften zu verdanken. (Der nationalsozialistische Abg. Köhler macht hier eine Bemerkung, die ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten zuzieht.) Daß in Rußland die Arbeitslosigkeit restlos beseitigt sei, wird vom Redner bezweifelt.

Abg. Köhler (NatSoz.) macht für unser großes Arbeitslosenheer das seit 12 Jahren herrschende System verantwortlich. Es sei Aufgabe der Regierung, zu sehen, woher sie die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung nimmt. (Große Heiterkeit.) Die Regierung habe zu regieren, und die Opposition schäme zu (Erneute, große Heiterkeit.) Die Regierung müsse dafür sorgen, daß es entweder keine oder nur eine kleine Opposition gibt. Der Redner ist der Auffassung, daß wir keine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Deutschland mehr erleben werden, wenn wir uns nicht zum entschiedenen Willen

der nationalen Selbstbehauptung aufrufen. Abg. Köhler wendet sich in diesem Zusammenhang scharf gegen den Youngplan und erhält einen zweiten Ordnungsruf. Beim Hinweis des Abg. Köhler auf die Haltung der Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ruft der Abg. Reichleiter (Komm.) „Schwindel“ und wird dafür zur Ordnung gerufen.

Nach weiteren Auseinandersetzungen mit der Linken fährt der Redner fort, die ländliche Siedlung sei eine Lebensfrage für das deutsche Volk. Den Regierungsparteien sei aus der Verfassung heute nur noch der § 48 geläufig. Den Kommunisten hält Abg. Köhler heute in Deutschland für eine Unmöglichkeit, dafür werde der Nationalsozialismus sorgen. Den vorliegenden kommunistischen Anträgen stimmen die Nationalsozialisten zu.

Der Präsident ruft nachträglich den nationalsozialistischen Abg. Wagner wegen eines Zwischenrufes zum Ordnung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so daß die Debatte als abgeschlossen gilt. Es folgen die Schlusssätze.

Abg. Klausmann (Komm.) setzt sich in heftiger Weise mit den Antragsgegnern wie auch mit den Nationalsozialisten auseinander.

Interdessen erhält der nationalsozialistische Abg. Merk zwei Ordnungsrufe. — Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters Abg. Heid (Soz.) werden die Anträge des Haushaltsauschusses mit großer Mehrheit angenommen mit dem vom Abg. Dr. Rehbach (Zentr.) beantragten Zusatz, daß die ländliche Siedlung möglichst gefördert wird.

Es folgt die Begründung der förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten betreffend

Steuernachlaß bzw. Steuererstattung für die badische Landwirtschaft

durch den Abg. Roth.

Zur Antwort wird von Oberfinanzrat Dr. Köhler darauf hingewiesen, daß der Reichsfinanzminister von sich aus bereits am 14. November 1930 durch Mandat des Präsidenten der Landesfinanzämter erjucht hat, gemäß den bestehenden allgemeinen Anordnungen bei Steuernachlaß- und -stundungsgelegenheiten zu verfahren. Das Landesfinanzamt Karlsruhe hat mitgeteilt, daß diese Anweisungen genau befolgt würden.

Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten erklären sich für Beseitigung der Interpellation, worauf sich der Abg. Bod (Komm.) zum Wort meldet, um gegen die Nationalsozialisten zu polemisieren. Den Bauern würde nur geholfen durch die Beseitigung des Großgrundbesitzes und der Pachtnechtschaft.

Abg. Gilbert (Bauern- und Wirtschaftspartei) begründet einen Antrag, die Finanzämter anzuweisen, bei einkommenden Beiträgen um Steuernachlaß- und -stundung weitgehend entgegenzukommen.

Der Redner erinnert an die schlimme Lage der Landwirtschaft. Der Kampf der Nationalsozialisten gegen die bäuerlichen Organisationen beruhe die Gefahr einer Schwächung des Einflusses der Bauernwirtschaft in sich.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die Besprechung zu Ende geführt.

Abg. Frau Richter (D. Natl.) befürwortet bei engherziger Auslegung der Gesetzesbestimmungen die Vertretung der betroffenen Bauern vor den Finanzämtern durch die ländlichen Berufsorganisationen. Es liege bereits ein dem Antrag Gilbert ähnlicher Antrag der Deutschnationalen vor. Diese werden ihm selbstverständlich zugestimmt.

Abg. Hügle (Dem.) unterstreicht gegenüber dem Zentrum die Verdienste des derzeitigen Reichsfinanzministers Dietrich um die badische Landwirtschaft. Für die Notverordnung sei das Gesamtkabinett Brüning verantwortlich. Dem Antrag Gilbert könnten die Demokraten im voraus zustimmen.

Abg. Eggler (Zentr.) bemerkt, was die Nationalsozialisten verlangen, sei längst geschehen. Die Notverordnung enthalte viele Vergünstigungen für die Landwirtschaft. Sätten ihr die Nationalsozialisten zugestimmt, so hätten sie sich ein Verdienst erworben. Gegenüber dem Abg. Hügle meint der Redner, auch ein Koalitionsminister müsse sich eine sachliche Kritik gefallen lassen.

Abg. Merk (NatSoz.) wendet sich gegen den Abg. Gilbert. Durch die förmliche Anfrage seiner Fraktion solle ein rigoroses Vorgehen der Finanzämter verhindert werden.

Damit wird der Gegenstand verlassen. Der Antrag Gilbert geht an den Ausschuss.

Es folgt der Bericht des Zentrumsabgeordneten Seubert über die in der parlamentarischen Zeit erteilten Administrativkredite.

Das Haus gibt bei 7 Stimmenthaltungen nachträglich seine Genehmigung. Gegen 14 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Plenarsitzung nachm. 4 1/2 Uhr.

Zubor findet eine Sitzung des Reichspflegeauschusses statt.

Eisenbahnverkehr

über die Speyerer Schiffbrücke

Der Eisenbahnverkehr über die Schiffbrücke bei Speyer wurde am 16. Dezember nachmittags wieder aufgenommen.

Aus der badischen Industrie

Ruhe in der Tabakindustrie. Die Kündigung sämtlicher Betriebe der Tabakfirma Landfried in Rauenberg (Amt Wiesloch) ist nun vollzogen, und am Samstag sind in Rauenberg, Wühlhausen, Diehlheim und Rot insgesamt 800 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Die beiden anderen Firmen werden dem Beispiel folgen und dann liegt im ganzen Bezirk die Tabakindustrie still.

Weitere Betriebsstilllegung in Meßkirch. Nachdem in der vergangenen Woche die Schulfabrik Namag G. m. b. H. durch Liquidierung der Oberheinbalt Konstanzer gezwungen war, ihren Betrieb einzustellen, hat für die nächsten Tage die Meßkircher Niederlassung des Sägewerks Burg, Wahlwies, die Schließung des Meßkircher Betriebs beim Landeskommissar beantragt. Die Stilllegung dieses Betriebs wird mit schlechtem Geschäftsgang auf dem Holzmarkt begründet. Etwa 20 Arbeiter werden durch diese Maßnahme betroffen.

Aus der Landeshauptstadt

Vor dem Karlsruher Schwurgericht nahm am Dienstag nachmittag ein ziemlich umfangreicher Prozeß gegen den 43 Jahre alten Schriftsteller E. G. J. Leisner aus Kiel-Elberfeld und den 35 Jahre alten Verlagsbuchhändler Herbert Reichlein aus Pforzheim seinen Anfang. Die Anklage lautet auf Gotteslästerung und Verbreitung unzüchtiger Schriften und wird erbildet in einem von Leisner geschriebenen und von Reichlein vertriebenen, 200 Seiten starken Buch mit dem Titel „Der Herr des Lebens“ und dem Untertitel „Die Sünde wider den Samen“. Der Buchraum war dicht besetzt, doch kamen die Erscheinungen, die in der Hauptsache wohl eine Sensation witterten, nicht auf ihre Kosten, da die Öffentlichkeit einschüchelt der Presse alsbald nach Eröffnung der Sitzung ausgeschlossen wurde. Gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit legte der Verteidiger des Angeklagten Leisner, Rechtsanwalt Emmerich, einen entsprechenden Antrag vor, dem aber das Gericht nach kurzer Beratung nicht stattgab. Der

Verteidiger begründete seinen Antrag damit, daß das fragliche Buch 13 Monate hindurch im Buchhandel zu kaufen war und daß eine größere Anzahl von Exemplaren auch abgelehnt worden ist. Als Sachverständige sind zu dem Prozeß geladen Professor Dr. Goll und Obermedizinalrat Dr. Schmelmer. Da die Verlesung des 260 Seiten umfassenden Buches geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, ist die Verkündung des Urteils vor Donnerstagnachmittag nicht zu erwarten. Bis dahin bleibt die Öffentlichkeit während des ganzen Prozesses ausgeschlossen. — Wegen fahrlässigen Faltschneidens in einem Unterhaltsprozeß wurde am Dienstagvormittag der 22 Jahre alte Schmied Otto Dürr aus Hochstetten (bei Karlsruhe) zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Nach dem erfolgreichen Krenke-Film, der die Gemüter aufs äußerste erregte, läuft diese Woche ein unterhaltender Film: „Schwarzwaldbüchel“, nach der gleichnamigen Operette von L. Jettel. Ein Vergleich mit dem Film und der Operette ist nicht gut möglich, da der Film ganz eigene Wege geht. Der Gang der Handlung ist nach der Großstadt verlegt. Das arme Schwarzwaldbüchel, das aus einfachen Verhältnissen kommt, sieht sich plötzlich in ein Haus voll Prunk und Appartier verlegt. Eine weniger aufdringliche Aufmachung könnte dem Film nicht schaden. Solche „Gesellschaftsbilder“ — ob echt oder unecht — sollte jede Menge vermeiden. Das schöne Spiel der teilnehmenden Personen verleiht einigermassen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Bei Luftzufuhr aus Osten herrscht in unserem Gebiet gegenwärtig trockenes Wetter. In tiefen Lagen trat heute Nacht anhaltend leichter Frost auf. Auch morgen wird es voraussichtlich höchstens vereinzelt zu Schneefällen kommen. Wetterausichten: Fortdauer der kalten Witterung bei östlichen Winden, vorerst keine nennenswerten Schneefälle.

Wasserstände: Waldshut 255—4, Basel 70+6, Schutterinsel 126—4, Nehl 273—4, Magau 461—2, Mannheim 387+1, Raab über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Dezember		16. Dezember	
	Not.	Preis	Not.	Preis
Amsterdam 100 G.	168.63	168.97	168.78	169.12
Kopenhagen 100 Kr.	112.03	112.25	112.07	112.29
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.94	21.98
London . . . 1 Pfd.	20.342	20.382	20.347	20.387
New York 1 D.	4.1890	4.1970	4.1905	4.1985
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.461	16.501
Schweiz . . . 100 Fr.	81.285	81.445	81.29	81.45
Wien 100 Schilling	59.00	59.12	59.00	59.12
Prag . . . 100 Kr.	12.429	12.449	12.432	12.452

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Dezember sind in der zweiten Dezemberwoche in Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen 183,5 Mill. Reichsmark in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar entfällt die gesamte Umlaufverminderung auf die Reichsbanknoten. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 39,3 Millionen auf 2766,6 Mill. Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 25,4 Millionen auf 2215,7 Mill. Reichsmark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 13,9 Mill. auf 550,9 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49,3 Proz. in der Vorwoche auf 52,1 Proz., diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 61,4 Proz. auf 65 Proz.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 8. bis 13. Dezember 1930 auf 88,3 gegenüber 90,4 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,1 (85,0), Gruppe beratende Industrie auf 77,7 (79,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 112,4 (114,2).

Oberheinische Bankanstalt Konstanz. Vom Aufsichtsratsvorsitzenden der in Liquidation getretenen Oberheinischen Bankanstalt wird nunmehr bekanntgegeben, daß durch einen beidseitigen Buchprüfer der Status der Bank per 6. Dezember 1930 ermittelt worden ist. Die Beurteilung des heutigen Liquidationswertes der Aktiven schwankt zwischen 88 und 111 Proz. der zur Befriedigung der Gläubiger erforderlichen Summe. Eine genaue Bestimmung ist im Augenblick noch nicht möglich. Bei dieser Sachlage wird die Bank nur einen Liquidationsvergleich mit ihren Gläubigern anzustreben haben. Der Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens wird noch im Laufe dieser Woche gestellt werden. Ein Großaktionär der Bank hat ihr ein Sonderdarlehen mit der Bestimmung zur Verfügung gestellt, daß davon nach Eröffnung des Vergleichsverfahrens Gläubiger mit Forderungen bis zu 75 M sofort voll befriedigt werden sollen. Der Aufsichtsrat teilt weiter mit, daß bis zum 6. Dezember die Organe der Gesellschaft Veranlassung hatten, mit der Übernahme der Bank durch eine Großbank zu rechnen. Die auf Grund der vorausgegangenen Verhandlungen überraschend kommende Ablehnung der Übernahme bzw. einer Stützungsaktion durch die Großbank wurde am 6. Dezember bekannt, worauf die sofortige Schließung der Schalter erfolgte.

Finanzielle Schwierigkeiten der Demoge in Lörach. Die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft (Demoge) in Lörach ist infolge der schwierigen wirtschaftlichen Lage und durch verfehlte Spekulationen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Eine außerordentliche Generalversammlung der Genossen hat beschlossen, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantragen. Ein Überblick über den Status ist noch nicht zu erlangen. Es handelt sich um eine sog. Hausparasse.

Die Eisenverarbeiter für Senkung der Eisenpreise. Die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie erwartet, wie in einer Entschlüsselung zum Ausdruck gebracht wird, von der eisenhaltenden Industrie spätestens für Anfang Januar eine Senkung der innerdeutschen Eisenpreise.

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes wähle als Nachfolger des auf seinen eigenen Wunsch zurückgetretenen Präsidenten, Geheimrat Dr. Nieber, Dr. Georg Solmsen, Vorstandsmitglied der D.D.-Bank, nachdem vorher Geheimrat Nieber zum immortierenden Ehrenpräsidenten ernannt worden war. Dr. Solmsen wandte sich dann gegen die Vorwürfe, die gegen die deutschen Banken erhoben würden, denen zufolge die Banken versuchten, ihre Kredite einzuschränken. Demgegenüber lehre ein Blick auf die Monatsbilanzen der Banken, wie stark sich die fremden Mittel vermindert haben. Die deutschen Bankiers und Banken hätten alles in ihren Kräften stehende getan, um die Einengung des Kreditvolumens der Wirtschaft so gering wie möglich zu halten. Wie stets in Zeiten der Not, so führte der Redner weiter aus, treten jetzt Naturkräfte auf, die glauben, mit einem Federtrieb alle unsere Leiden heilen zu können. Auf alle derartigen wirtschaftlichen Utopien müsse es ein böses Erwachen geben. Deutschland sei und bleibe vom Ausland abhängig. Unsere Zeit erfordere mehr denn je eine entschlossene Staatsleitung.

**Gemeinderundschau
Wahlen in den Gemeinden**

Der Karlsruher Stadtverordnetenrat. Die letzten Gemeindevahlen fanden am gestrigen Dienstag in Karlsruhe statt. Die Stadtverordneten hatten ihren aus 10 Stadtverordneten bestehenden Vorstand zu wählen und aus diesen 10 wieder ihren Obmann und seinen Stellvertreter. Eingereicht waren, wie schon mitgeteilt, für die Vorstandswahl drei Vorschlagslisten. Von den 84 Stadtverordneten fehlten 2. Dadurch wurde aber das Resultat der Wahl nicht beeinflusst. Es entfielen auf die Liste der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 3 Sitze (Kullmann, Dr. Knauth, Martin), Kommunistische Partei 1 Sitz (Kappeler) und auf die Liste der 7 übrigen Parteien 6 Sitze (Kochweiler, Wild, Fesenbedt, Sigmund, Schneider, Paschang). Für die Wahl des Obmanns und seines Stellvertreters war nur je eine Liste eingereicht worden. Da beide Bewerber in den Vorstand gewählt waren, brauchte eine „Wahl“ für beide Stellen nicht stattzufinden. Es gelten somit als gewählt: als Obmann: Eugen Kullmann von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, als Stellvertreter: Emil Kochweiler von der Liste der sieben Parteien: Sozialdemokratische Partei, Zentrumsliste, Evangel. Volksdienst, Deutsche Volkspartei, Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und Konf. Volkspartei, Dt. Staatspartei, Deutsch. Volkspartei.

Bei der Wahl der Stadträte in Weinheim erhielten Mandate: Sozialdemokraten 2, Zentrum und Staatspartei 2, Bürgerblock 2, Nationalsozialisten 4, Kommunisten 2.

In Hohenheim erhielten bei der Wahl des neuen Gemeinderates Sitze: Bürgervereinigung 3, Zentrum 12, Zentrum II 1, Sozialdemokraten 1 und Kommunisten 1, die Sozialdemokraten mußten einen Sitz an die Kommunisten abtreten.

Bei der Gemeinderatswahl in Oberkirch erhielten die Sozialdemokraten 2 Gemeinderäte, die Nationalsozialisten 3, und die Ver. Bürgerliste 7 Gemeinderäte.

In Sandhausen erhielten bei der Gemeinderatswahl Sitze: Zentrum 2, Sozialdemokraten 1, Nationalsozialisten 2, Bürgerliche 2, Mittelstandspartei 1. Die Rechtsparteien haben demnach die Mehrheit.

In der ersten Sitzung des neugewählten Gemeinderates in Rehl wurde an Stelle des ausscheidenden sozialistischen bisherigen Bürgermeisterstellvertreters Baumgärtner der Nationalsozialist Fritz Stenkenagel zum Bürgermeisterstellvertreter gewählt.

Kreis Waldshut. Bei der am Samstag, den 13. Dezember, stattgefundenen Wahl eines Kreisvorsitzenden und Stellvertreters wurden die bisherigen Träger einstimmig wiedergewählt, nämlich: Rechtsanwalt St. Siebert, Waldshut, als Vorsitzender, Bürgermeister J. Trunzer, Säckingen, als Stellvertreter.

Für die Kreisratswahl in Billingen haben sämtliche Parteien eine Einheitsliste aufgestellt, nach der Oberbürgermeister Dr. Guido Lehmann wieder zum Kreisvorsitzenden gewählt ist. Stellvertretender Kreisvorsitzender ist Kabinetsrat a. D. Würtz (Donateschingen).

Verschiebener Kreisratswahl in Konstanz. Der Kreisrat Konstanz hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorschlag der Staatsbehörde beschlossen, die auf 19. Dezember einberufene Kreiserversammlung, in der die Kreisratswahl vorgenommen werden sollte, zu verschieben, weil in einigen Orten Wahlanfechtungen vorliegen, die zuerst rechtskräftig entschieden werden müssen.

Zur Gehaltsföhrung der Beamten in Mannheim. Ein Antrag der Zentrumsfraktion an den Stadtrat in Mannheim beschäftigt sich mit der Durchführung der Gehaltsföhrung um 6 Proz. bei den städtischen Beamten und Angestellten auf Grund der Notverordnung. Der Antrag lautet: „Übersteigen die Bezüge der Angestellten einschließlich Oberbürgermeister und Bürgermeister diejenigen der Besoldungsgruppe XIII, so muß eine 20prozentige Kürzung durchgeführt werden.“ Zum Schluß verlangt der Antrag, daß die Bezüge der Angestellten sämtlicher gemischt-wirtschaftlichen Betriebe in gleichem Umfange wie bei der Stadtverwaltung gekürzt werden.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Holzwarei im Stadtwald in Waldbrunn ist zur Zeit in vollem Gange. Etwa 200 männliche Personen können bei dem diesjährigen Einschlag des ordentlichen Hiebssages, wie auch eines außerordentlichen Hiebssages, mit zusammen rund 12 000 Festmetern, Arbeit und Verdienstmöglichkeiten finden.

Eine neue Kraftpostlinie von Forzheim aus. Am kommenden Sonntag den 21. Dezember, wird die neue Kraftpostlinie Forzheim-Eisingen und Stein dem Verkehr übergeben. Damit werden 30 Gemeinden durch die Tätigkeit des Bürom- und Enggauer Verkehrsverbandes dem von diesem ausgebauten Forzheimer Kraftverkehrsnetz angeschlossen. Die Gemeinde Stein hat über 1800 Einwohner und entbehrte bisher jeden regelmäßigen Verkehrs.

Der Stadtrat Durlach hat die zur Deckung des Fehlbetrags im Fürsorgevoranschlag gemachten Vorschläge erneut abgelehnt, so daß sich jetzt die Staatsaufsichtsbehörde mit der Angelegenheit befassen muß. — Die Ermäßigung der Stadtratsgebühren von 35 auf 15 M monatlich, hat nicht die notwendige Mehrheit gefunden. — Der Stadtrat hat beschlossen, den Altverrenten und ihren Witwen dieselbe Weihnachtshilfe zu gewähren wie in den letzten Jahren.

Büchls Voranschlag für 1931. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Notverordnung vom 1. Dezember d. J. hat der Gemeinderat Bühl in seiner letzten Sitzung vor der Neuwahl dem Voranschlag der Stadtgemeinde Bühl für 1931 (einschließlich der Nebenvoranschläge der Krankenhauskasse und der Kasse der Elektrizitätsversorgung) folgenden Bild gegeben: Gesamtausgaben 746 230 M, Gesamteinnahmen (einschließlich Genußaufgabe) 660 242 M, so daß 85 988 M durch die Gemeindeumlagen zu decken sind. Die Deckung erfolgt unter Beachtung der nach der Notverordnung vorgeschriebenen Senkung mit folgenden Steuerjahren: 54 Pf pro 100 M Steuerwert des Grundvermögens, 18 Pf pro 100 M Steuerwert des Betriebsvermögens, 240 Pf pro 100 M Gewerbesteuertrag. Das jährliche Aufkommen an Zins und Tilgung für den derzeitigen Schuldenstand von rund 1 350 000 M ist dabei mitgedeckt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Winter im Schwarzwald

Ob Freiburg i. Br., 17. Dez. In der letzten Abendstunde ist das Thermometer im Schwarzwald überhaupt nicht mehr über Null gestiegen und der dauernde Schneefall hat in Höhen bis zu 700 Meter 20-25 Zentimeter Schnee gebracht. In der Ebene herrscht seit einigen Tagen eine dichte Nebeldecke mit tagsüber stellenweisem Frost.

Ob Mannheim, 16. Dez. Ab Mittwoch, 17. Dezember, werden Ferngespräche mit Darmstadt, Frankfurt (Main), Bad Homburg, Bad Soden, Bergen (Kreis Hanau), Cronberg, Hanau, Königstein, Langen-Sprendlingen, Oberursel und Offenbach im Schnellverkehr abgewickelt. Die genannten Orte sind auch von Ludwigshafen, Schwetzingen und Ladenburg im Schnellverkehr zu erreichen.

Ob Mannheim, 16. Dez. An Stelle des verstorbenen Präsidenten der Mannheimer Handwerkskammer, Stadtrat Groß, wurde in der heutigen Vollsitzung Zimmermeister Ludwig Kalmbacher (Mannheim) gewählt.

Ob Bruchsal, 17. Dez. In der letzten Woche wurde mit den Instandsetzungsarbeiten am sog. Belvedere im Stadtpark begonnen, da es sonst verfallen wäre. Die Instandsetzungsarbeiten werden mit städtischen und staatlichen Mitteln bewirkt.

Ob Vietigheim (Amt Rastatt), 17. Dez. Gestern abend fuhr auf der Landstraße oberhalb Vietigheim ein von Rastatt kommender Motorradfahrer Mangold aus Karlsruhe in ein Pferdefuhrwerk hinein. Er erlitt schwere Kopfverletzungen und sein Zustand ist bedenklich. Das Pferd des Fuhrwerks mußte notgeschlachtet werden. Dabei erlitt der Besitzer des Pferdes, der daselbst erfuhr, eine Verletzung am Fuß, da die Kugel durchschlug.

Ob Sigen, 17. Dez. Die nunmehr zur Konzerthalle umgebaute Scheffelhalle wird zu Weihnachten erstmals ihre Pforten eröffnen.

Ob Helmingsen (bei Rehl), 16. Dez. Bei dem hiesigen Ländlichen Konsumverein wurden in der letzten Zeit Unterschlagungen in Höhe von 12 000 M festgestellt. Da die letzte Generalversammlung eine gültige Regelung auf der vorgeschlagenen Grundlage ablehnte, wurde die Staatsanwaltschaft von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt, die den verantwortlichen Rechner des Vereins verhaftete.

Ob Freiburg, 16. Dez. In Freiburg wurde eine akademische Jungfliegergruppe gegründet, die der schon bestehenden Jungfliegergruppe Freiburg des Kreisverbandes für Luftschiffahrt angegliedert wird.

Ob Billingen, 17. Dez. Sein 25jähriges Jubiläum im Dienste der Stadt kann heute Stadtbaurat Richard Reumler, der Direktor des Elektrizitätswerkes, begehen. Der Jubilar hat sich während des Krieges als Seeoffizier ausgezeichnet, wo er im Auftrag des Marineministeriums die Unterseebootbasis in Cattaro an der Adria und die U-Boots-Station in Emden errichtete. 1924 bis 1926 hat er nach eigenen Plänen das hiesige Elektrizitätswerk als Anlage modernster Art umgebaut.

Geschenke von Teppiche *Besonders preiswertes*
bleibendem Wert sind **TEPPICHE** *Weihnachts - Angebot:*

Tapestry-Teppiche in modernem feinstem Perser gemustert	Größe ca. 300/200	230/160	Preis RM. 45.-	29.-
Haargarn-Teppiche reines Haarmaterial	Gr. ca. 350/250	300/200	85.- 72.- 56.- 49.- 38.- 33.-	
Velour-Teppiche der gute Gebrauchsteppich	Größe 356/250	300/200	120.-	79.- 48.-
Velour-Teppiche Mottled-Muster, dichtes Gewebe	Größe 300/200		45.-	
Bouklin mit festem Rücken	Größe 300/200			26.-

KNOPF

Gut und billig gekleidet
Durch die elektrische **SINGER** und deren Hilfsapparate für jeden Haushalt unentbehrlich

SINGER und deren Hilfsapparate
Kaiserstraße 205 KARLSRUHE Werderplatz 42

Ihre Weihnachts-Geschenke

in Schuwaren aller Art, für Damen, Herren und Kinder, Korsett-Ersatz, Leibchen, Bstenhalter, Wäsche aller Art, auch Stoffe am Stück
Gesundheitliche Nahrungsmittel kaufen Sie ganz einwandfrei im

Reformhaus Neubert
Karlsruhe / Karlstr. 29 a
Nur Qualitätsware preiswert

gerichts zur Einsicht aus. Karlsruhe, 17. Dez. 1930. Der Verwalter: Carl Nagel.

Bekanntmachung.
R. 166. Bruchsal. In dem Konkurs über das Vermögen der Firma Wehler & Stolzenhaller in Ringolsheim soll eine Abschlagsverteilung erfolgen. Dazu sind 19070,- M verfügbar. Zu berücksichtigen sind 116,15 M bevorrechtigte Forderung u. 95 127,76 M nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bruchsal eingesehen werden.

Bruchsal, 16. Dezbr. 1930.
Der Konkursverwalter:
Strauß, Rechtsanwalt.

Ettingen. R. 165.
Güterrechtsregistereintrag Band II, Seite 113. Schifferdecker, Adam, Schlosser in Ettingen und Anna geb. König. Vertrag vom 4. Dezember 1930: Gütertrennung.
Ettingen, 13. Dez. 1930.
Amtsgericht.

Staatstechnikum
Badische Höhere Technische Lehranstalt
Karlsruhe, Moltkestraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Sommer-Studienhalbjahr sind spätestens bis zum 15. Januar 1931 an die Direktion schriftlich zu richten. Aufnahme- und Nachprüfungen finden von Montag, den 23. März bis Donnerstag, den 26. März 1931 statt. Die Einweisung der Studierenden ist am Freitag, den 27. März 1931, 11 Uhr.

Der Unterricht wird Freitag, den 27. März 1931, 15 Uhr eröffnet.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinfindung einer Gebühr von 50 Pf zugülig Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Dezember 1930.
Die Direktion:
A. Eifenlohr.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. S. BRUCHSAL

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Ulmer Gänse
Ia. junge fette, bratfertig u. geschliffen, Stück 7 RM bis 11 RM versendet (R. 533)

Otto Blind, Ulm a. D.
Telephon 3668

Badisches Landestheater
Donnerstag, 18. Dez. 1930
* D 11. (Donnerstagmiete)

Zar und Zimmermann
Komische Oper von Borjning
Dirigent: Strips
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Fischbach, Burt,
Gospach, Kalmbach, Kiefer,
Klentwig, Nitsch, Schoepflin,
Schuster, Allan

Anfang 191, Ende 22 1/2
Preise C (1-7 RM)

Fr. 19. 12. Das Lamm des Armen. Sa. 20. 12. Nachm.: Der große Christoph. Abds.: Die Rabelungen III. Abtlg. So. 21. 12. Nachm.: Der große Christoph. Abds.: Carmen. Im Konzerthaus: Meine Schwelger und ich. Mo. 22. 12. Die Rabelungen III. Abteilung.